Auf die Anfrage des Vorsitzenden nach dem Investitionsplan für die bestmögliche Ausstattung aller Schulen und Gebäuden mit Photovoltaikanlagen teilt die Verwaltung im Nachgang mit:

Seitens des Landes NRW gibt es derzeit eine Förderung über die Bezirksregierung Arnsberg (Progres.NRW), die Machbarkeitsstudien für den Ausbau der Photovoltaik auf kommunalen Dächern fördert. Um in den Genuss dieser Förderung zu kommen, ist es jedoch zwingend erforderlich, dass ein qualifiziertes Unternehmen diese Studie (mit allen möglichen Aspekten wie z.B. Statik, Gutachten, Wirtschaftlichkeitsberechnung, mögliche Dimensionierung, etc.) durchführt. Dieser Kostenvoranschlag ist zwingend notwendig, um die 90-100% Förderung für die Machbarkeitsstudie zu erhalten. Eine erste Grobkalkulation belief sich bei Eingang des ersten Angebotes auf ca. 100.000 €, da jedoch für jede Liegenschaft ein eigener Förderantrag erforderlich ist, musste für jede Liegenschaft ein erweiterter Kostenvoranschlag durch den externen Dienstleister erstellt werden.

Dieser zweite, detailliertere Kostenvoranschlag des externen Büros belief sich auf insgesamt ca. 83.000 € inkl. MwSt. Nach dem Prinzip des „vorsichtigen Kaufmanns“ ist ein Eigenanteil von 10% der Gesamtkosten zu berücksichtigen. Nach Eingang des „nachgebesserten“ Angebotes wurde der Förderantrag über Progres.NRW am 14.06.2023 gestellt, seitdem liegt uns (Stand 15.08.2023) kein positiver Förderbescheid seitens des Fördergebers vor.

Da ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn seitens des Fördermittelgebers zwingend ausgeschlossen ist, wurde dementsprechend noch nicht mit einem Vergabeverfahren bzw. einer Ausschreibung begonnen.

Da die Fördermittel von Progres.NRW in letzter Zeit intensiver beworben wurden, ist mit längeren Bearbeitungszeiten bei der Bewilligung durch den Fördermittelgeber zu rechnen. Mit einem Bewilligungsbescheid ist voraussichtlich erst im Herbst 2023 zu rechnen. (Auskunft: Kommunalagentur NRW). Im Anschluss an den positiven Bewilligungsbescheid erfolgt die Auftragsvergabe. Aufgrund des noch ausstehenden Vergabeverfahrens und nach Auskunft einer anderen Kommune (Umsetzungsdauer ca. 8 Monate nach Vergabe) ist mit ersten Ergebnissen der Machbarkeitsstudie frühestens im 4. Quartal 2024 zu rechnen.